

# Kanzlei – Info 10/2001

Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz  
Fachanwalt für Arbeitsrecht

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal  
Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: [info@ra-kotz.de](mailto:info@ra-kotz.de)

Kanzlei-Infos stehen auch im Internet zum Download unter <http://www.ra-kotz.de/kanzleinfos.htm> zur Verfügung

Verfasser: Christian Kotz, Ref. iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

## In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Schuldrechtsmodernisierungsgesetz
- Änderungen im Schadensersatzrecht
- Steuerrecht: Gesetz gegen Missbrauch bei der Umsatzsteuer
- Steuerrecht: Pauschale Werbungskosten für Heimcomputer absetzbar
- Steuerrecht: Neue branchenbezogene AFA-Tabellen erst im Herbst 2002
- Strafrecht: Einsatz des IMSI-Catchers bei Mobilfunktelefonen möglich?
- Sozialrecht: Krankenkasse muss nicht für eine Schlankheitskur zahlen!
- Aktuelle Urteile – kurz notiert

## Zivilrecht:

### I. Bundestag beschließt Schuldrechtsmodernisierungsgesetz!

#### 1. Einführung:

Der Bundestag hat am 11.10.2001 das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz beschlossen, dass am 01.01.2002 in Kraft treten soll. Dieses Gesetz bringt viele Neuerungen in das Bürgerliche Gesetzbuch; es werden Regelungen geändert bzw. modifiziert, die seit dem 18.08.1896 bestehen (Verabschiedung des BGB durch den Reichstag)! Die Gesetzesnovellierung umfasst insgesamt 288 Seiten!

Mit dem Gesetz werden auch die 3 folgenden EU-Richtlinien ins Bürgerliche Gesetzbuch umgesetzt:

**a. Die Verbrauchsgüterkaufrichtlinie:** Diese sieht vor, dass der Verbraucher bei Kaufverträgen neben Wandlung und Minderung auch Ansprüche auf Nachbesserung oder Ersatzlieferung hat. Eine Verjährung dieser Ansprüche erfolgt erst in zwei Jahren statt wie bisher in sechs Monaten.

**b. Die Zahlungsverzugsrichtlinie:** Nach der Umsetzung der Richtlinie wird der gesetzliche Verzugszins für den Bereich des Geschäftsverkehrs von bisher 8,62 % (*seit 01.09.2001*) auf 12,26 % angehoben.

**c. Die E-Commerce-Richtlinie:** Diese bestimmt, dass für Verträge, die auf elektronischem Weg abgeschlossen wurden, besondere vorvertragliche Informationspflichten bestehen, wie zum Beispiel zur Korrektur von Eingabefehlern, über den Zugang zu Vertragstext und Verhaltensrichtlinien. Außerdem werden die Möglichkeiten für eine Unterlassungsklage zum Schutz der Verbraucherinteressen erweitert.

**Mit dem neuen Schuldrecht werden zudem die Regelungen folgender Gesetze in das BGB integriert:**  
**Gesetz über allgemeine Geschäftsbedingungen, Haustürwiderrufsgesetz, Verbraucherkreditgesetz, Teilzeit-Wohnrechtsgesetz und Fernabsatzgesetz.**

## II. Die neuen Regelungen im Einzelnen:

Ich möchte Sie daher in den kommenden Monaten in die Änderungen und Neuerungen einführen.

**1. Gesetzliche Gewährleistung:** Vom 01.01.2002 an wird die gesetzliche Gewährleistung für alle Produkte von bisher 6 Monaten auf mind. 2 Jahre angehoben (§ 438 BGB neue Fassung). Bei sachenrechtlichen Ansprüchen (z.B. Grundstücke etc.) besteht eine Gewährleistungspflicht von 30 Jahren, bei Mängeln an einem Bauwerk 5 Jahre. Die Verjährungsfrist beginnt mit Ablieferung der Sache bzw. bei Grundstücken mit der „Übergabe“. Bei arglistiger Täuschung verjähren die Ansprüche in 30 Jahren. In dieser Zeit hat der Käufer (gem. § 438 BGB neue Fassung) bei Mängeln das Recht auf Rücktritt vom Kauf oder Preisminderung bzw. Nacherfüllung (gem. § 439 BGB neue Fassung). Die Gewährleistung von 2 Jahren gilt künftig auch für Reparaturarbeiten. Sämtliche übrigen Ansprüche sollen nach 3 Jahren verjähren (gem. § 195 BGB neue Fassung).

Auch bei gebrauchten „Verbrauchsgütern“ (alle beweglichen Sachen), etwa Gebrauchtwagen, muss der Händler – mind. ein 1 Jahr lang - Gewährleistung geben (gem. § 475 Abs. 2 BGB neue Fassung). Gebrauchtwagen dürfen von den Händlern dann nicht mehr, wie bisher üblich, unter „**Ausschluss jeglicher Gewährleistung**“ (jetzt § 444 BGB neue Fassung) verkauft werden - unabhängig vom Alter des Fahrzeugs und der gefahrenen Kilometer (gem. § 475 Abs.1 BGB neue Fassung). Dies gilt aber nur für Händler und Käufer, nicht jedoch für den Verkauf unter Privatpersonen (gem. § 474 Abs.1 BGB neue Fassung).

**2. Mängelfreie Sachlieferungen:** Der Verkäufer wird auch ausdrücklich verpflichtet, eine mängelfreie Sache zu liefern (siehe § 433 Abs.1 BGB neue Fassung). Dabei haftet er auch selbst dafür, dass das Kaufobjekt die Eigenschaft aufweist, die der Hersteller angepriesen hat, etwa die Werbung für Drei-Liter-Autos (gem. § 434 Abs.1 BGB neue Fassung). Eine besondere Zusicherung des Verkäufers in Form einer „zugesicherten Eigenschaft“ ist dafür nicht mehr nötig.

Ein Mangel kann jetzt auch bei fehlerhaften Montageanleitungen vorliegen (§ 434 Abs. 2 BGB neue Fassung). Kann der Käufer das Produkt durch die fehlerhafte Montageanleitung nicht fehlerfrei montieren, so stehen ihm die Rechte aus § 439 BGB neue Fassung zu (zu den Ansprüchen vgl. oben Punkt 1).

**3. Beweislast:** Bei der Gewährleistung wird die Beweislast teilweise umgekehrt (vgl. hierzu § 476 BGB neue Fassung). Bisher musste der Kunde beweisen, dass ein Mangel schon beim Kauf der Sache vorlag. Künftig wird generell vermutet, dass die Ware schon beim Verkauf fehlerhaft war, wenn ein Mangel in den ersten 6 Monaten auftritt. Ausnahme hiervon ist, dass diese Vermutung mit der Art der Sache oder des Mangels unvereinbar ist.

Erst nach diesen 6 Monaten liegt die Beweislast beim Käufer. Der Händler darf einen Mangel **zwei Mal** nachbessern (vgl. § 440 BGB neue Fassung). Wenn das nicht gelingt, gilt die Nachbesserung als fehlgeschlagen, wenn sich nicht insbesondere aus der Art der Sache oder des Mangels oder dem Verhalten des Verkäufers etwas anderes ergibt. Der Kunde kann nach dem fehlschlagen der Nachbesserung dann Preisminderung (gem. 441 BGB neue Fassung) oder Rücktritt vom Kauf (vgl. §§ 323, 326 Abs.1 Satz 3 BGB neue Fassung) verlangen.

#### **4. Fallbeispiele**

- a. Sie kaufen sich für ihre Küche einen neuen Herd. Dieser funktioniert leider nur 16 Monate. Nach bisherigem Recht wäre die Gewährleistungsfrist von 6 Monaten abgelaufen, so dass Sie die Reparatur des Herdes bezahlen müssten. Nach dem neuem Gewährleistungsrecht (§ 438 BGB neue Fassung) haben Sie einen Gewährleistungsanspruch von 24 Monaten. So dass Sie die Reparatur des Herdes ab 01.01.2002 nicht bezahlen müssten.
- b. Sie kaufe von Autohändler X am 02.01.2002 einen gebrauchten Pkw. Im Kaufvertrag des Pkw werden sämtliche Gewährleistungsansprüche ausgeschlossen. Nach 4 Monaten haben Sie einen Motorschaden, die Reparatur würde laut Kostenvoranschlag 3.500 DM kosten. Nein müssen Sie nicht, der vertragliche Gewährleistungsausschluss ist - gem. § 444 BGB neue Fassung- nichtig. Sie haben gem. § 475 BGB neue Fassung auch bei gebrauchten Fahrzeugen einen Gewährleistungsanspruch von 1 Jahr.
- c. Sie kaufen im Möbelhaus I eine zerlegte Schrankwand. Beim Aufbau derselben nach der Aufbauanleitung müssen Sie leider feststellen, dass es unmöglich ist dieselbe zu montieren. Sie sind hier jedoch gem. § 434 Abs.2 nicht schutz- und wehrlos. Sie können ab 01.01.2002 können Sie können (gem. § 437 BGB neue Fassung) vom Kaufvertrag zurücktreten, den Kaufpreis mindern oder sogar Aufwandsentschädigung verlangen.
- d. Hersteller V produziert ein Auto, das in der Regel 4 Liter Benzin auf 100 Km verbraucht. Unter sehr günstigen Umständen verbraucht es sogar lediglich 3 Liter Benzin. Sie kaufen nun dieses Auto beim Autohändler W und stellen später leider fest, dass dieses Auto bei Ihnen immer 4 Liter verbraucht. Nach dem bisherigen Gewährleistungsrecht liegt kein Fehler des Pkws vor, weil W keine Angaben zu den Eigenschaften des Pkw gemacht hat. Ab 01.01.2002 können Sie (gem. § 434 BGB neue Fassung) sich gegenüber dem Verkäufer W auf die Herstellerangaben berufen und vom Kaufvertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern.

### **III. Änderungen im Schadensersatzrecht:**

Die Bundesregierung hat am 24.09.2001 die Modernisierung des Schadensersatzrechts und verschiedener Bereiche des außervertraglichen Haftungsrechts durch das 2. Schadensersatzrechtsänderungsgesetz beschlossen. Das deutsche Schadensersatzrecht soll an europäische Standards angeglichen und Lücken im Haftungsrecht sollen geschlossen werden.

**1. Bereich der Arzneimittelhaftung:** Die Stellung des Arzneimittelanwenders soll durch Beweiserleichterungen und die Einführung eines Auskunftsanspruchs gegenüber den pharmazeutischen Unternehmen gestärkt werden.

**2. Kinder im motorisierten Straßen- und Bahnverkehr:** Die Altersschwelle für eine Haftung von Kindern im motorisierten Verkehr wird von derzeit 7 Jahren auf 10 Jahre heraufgesetzt. Auf diese Weise wird das bei einem Unfall mit einem Kraftfahrzeug oder einer Schienenbahn noch nicht zehnjährige Kind von der Haftung ausgenommen und muss sich auch bei seinen eigenen Schadensersatzansprüchen kein Mitverschulden entgegenhalten lassen.

**3. Schmerzensgeld:** Künftig soll es auch im deutschen Recht einen allgemeinen Schmerzensgeldanspruch bei der Verletzung von Körper, Gesundheit und sexueller Selbstbestimmung, also auch im Rahmen der Gefährdungshaftung und der Vertragshaftung geben. Bisher wird Schmerzensgeld in der Regel nur in Fällen der außervertraglichen Verschuldenshaftung gewährt.

Gleichzeitig wird eine Bagatellgrenze für nicht vorsätzlich zugefügte leichte Verletzungen eingeführt, für die es zukünftig kein Schmerzensgeld mehr geben soll. Vorgesehen ist eine Bagatellgrenze von 1.000 DM! Dies würde bedeuten, dass Sie bei einem Verkehrsunfall künftig z.B. kein Anspruch mehr auf Schmerzensgeld für ein leichtes HWS-Trauma haben.

*Anmerkung des Verfassers: Meines Erachtens ist dies eindeutig ein Verstoß gegen Art. 2 GG. Insoweit wird es (hoffentlich) nicht zu einer Beschränkung kommen, bzw. wird dieser § sicherlich vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erkannt und somit außer Kraft gesetzt.*

**4. Haftungshöchstgrenzen:** Weiterhin sollen die in den von einem Verschulden unabhängigen Haftungssystemen enthaltenen Haftungshöchstgrenzen der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst werden. Diese sind teilweise seit 24 Jahren unverändert geblieben. Durch die Erhöhung der Haftungshöchstgrenzen soll der hinreichende Schutz der Geschädigten in Fällen, in denen sich die Haftung des Schädigers ausschließlich aus diesen Bestimmungen ergibt, sichergestellt werden.

**5. Gefahrguttransporte auf der Straße:** Besondere Haftungshöchstgrenzen werden für Gefahrguttransporte auf der Straße eingeführt.

**6. Sachschadensrecht:** Im Bereich des Sachschadensrechts soll der Schadensersatz zukünftig stärker daran ausgerichtet werden, ob eine Schadensbeseitigung erfolgt und welchen Weg der Geschädigte dafür beschreitet. Heute wird z.B. ein Kfz-Schaden nicht nur durch Bezahlung der nachgewiesenen Reparaturkosten ausgeglichen. Vielmehr ist gleichzeitig die sog. „fiktive“ Abrechnung von Sachschäden auf Gutachtenbasis üblich. Diese wird es weiterhin geben; in diesen Fällen soll jedoch die Umsatzsteuer nur dann erstattet werden, wenn sie tatsächlich angefallen ist. Wer die beschädigte Sache nicht kommerziell repariert oder Ersatz beschafft, muss keine Umsatzsteuer zahlen und soll diese deshalb auch nicht ersetzt bekommen.

**7. Allgemeine Gefährdungshaftung für Fahrzeuginsassen:** Die Halterhaftung im Straßenverkehr wird auf sämtliche Insassen eines Kfz ausgeweitet. Künftig wird auch nur noch höhere Gewalt, nicht aber ein "unabwendbares Ereignis" zu ihrem Ausschluss führen. Auch das Haftungsrecht im Luftverkehr wird fortgeschrieben.

## Steuerrecht:

### I. Vorgehen gegen Mißbrauch bei der Umsatzsteuer – neues Gesetz!

Am 15.08.2001 hat das Bundeskabinett das Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und anderen Steuern (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz [StVBG] – Gesetzesvorlage: 14/6883) beschlossen. Um dem Missbrauch bei der Umsatzsteuer entgegenzutreten soll mit verbesserten Kontrollverfahren ein schnelles und effizientes Handeln der Steuerverwaltung gewährleistet werden. Da-

mit soll in Deutschland und auch in der Europäischen Union ein koordiniertes Vorgehen mit neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern bzw. zwischen dem Bund und den Ländern erreicht werden. Hierzu enthält der Gesetzesentwurf folgende Maßnahmen:

1. Mit Hilfe zeitnaher umsatzsteuerlicher Informationen über die Tätigkeitsaufnahme von Unternehmern sollen die Finanzbehörden in die Lage versetzt werden, die systematisch für Umsatzsteuerbetrügereien eingesetzten sog. „Phönixfirmen“ früher zu erkennen und zu bekämpfen.
2. Vorsteuererstattungen sollen im Einvernehmen mit dem Steuerpflichtigen von Sicherheitsleistungen - wie z.B. Bankbürgschaften - abhängig gemacht werden. Zeitintensive Prüfungen der Vorsteuerabzugsberechtigung sollen damit nicht mehr zu Liquiditätsproblemen bei den Unternehmen führen.
3. Das Risiko eines Steuerausfalles für den Fiskus soll über die Erweiterung von Haftungstatbeständen minimiert werden. Jeder Unternehmer, der in sog. „Karussellgeschäfte“ (Die „ersparte“ Umsatzsteuer wird zur Verbilligung der im „Karussell“ weitergelieferten, meist hochwertigen Waren verwendet, wobei die zumeist Täter europaweit agieren. Dabei handelt es sich um eine Form des organisierten Verbrechens) entweder verwickelt ist oder von derartigen Betrugsfällen Kenntnis hatte bzw. den Umständen nach hätte Kenntnis haben müssen, soll in Anspruch genommen werden können. Vor allem soll das Finanzamt mit Vorsteuererstattungsansprüchen eines Unternehmers aufrechnen können, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Beispielsfall: Ein Unternehmer führt planmäßig die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht an den Fiskus ab, macht aber dennoch den Vorsteuerabzug in der Unternehmerkette (dem "Karussell") geltend – so kann er in Anspruch genommen werden!
4. Sog. „allgemeines Nachschauen“ sollen den Finanzämtern erlauben, ohne vorherige Ankündigung vor Ort Ermittlungen durchzuführen. Die Recherchen dürfen sich sowohl auf aktuelle steuerlich relevante Vorgänge des Unternehmens als auch auf Personen, bei denen eine Steuerpflicht in Betracht kommen kann, erstrecken.
5. Inländische Finanzbehörden und Finanzbehörden anderer EU-Mitgliedsstaaten sollen unmittelbar in Kontakt treten können und damit den grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrug effektiver bekämpfen können. Dazu soll auch der ungehinderte Austausch von Auskünften und Unterlagen im Rahmen zwischenstaatlicher Rechts- und Amtshilfe gehören. Die Pflicht zur vorherigen Anhörung von Beteiligten soll für den Bereich der Umsatzsteuer abgeschafft werden.
6. Das Bundesamt für Finanzen wird beauftragt, die umsatzsteuerlichen Ermittlungen der Bundesländer zu koordinieren und - soweit erforderlich - Prüfungen zu veranlassen. Aufgabe des Bundesamtes wird ferner sein, zur Identifizierung prüfungswürdiger Sachverhalte Informationen zusammenzuführen und auszuwerten. Dazu gehört auch, die Unterstützung der Landesfinanzverwaltungen bei der Umsatzbesteuerung des elektronischen Handels. Das Bundesamt wird dazu das Dienstleistungsangebot im Internet beobachten und seine Feststellung den Landesfinanzbehörden mitteilen.
7. Von neu gegründeten Unternehmen will die Regierung verlangen, dass sie monatlich Umsatzsteuervoranmeldungen abgeben. Damit erhielten die Finanzämter kurzfristige Informationen über umsatzsteuerliche Sachverhalte.

<b>II. Pauschale Werbungskosten für Heimcomputer abzugsfähig</b> <b>Finanzgericht Rheinland-Pfalz – Az.: 5 K 1249/00 – Urteil vom 09.10.2001</b>
---

**Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!):** Der Anteil der beruflichen Computer-Nutzung wird künftig durch das Finanzamt automatisch auf 35 Prozent geschätzt, wenn feststeht, dass das Gerät auch für diese Zwecke benutzt wird. Der Eigentümer des Computers kann bei der Einkommenssteuererklärung auch 35 Prozent des Gerätepreises als Werbungskosten geltend machen.

**Sachverhalt:** Mit dem Urteil gab das Gericht einem technischen Angestellten aus dem Raum Koblenz Recht, der gegen sein Finanzamt geklagt hatte. Nach der bisherigen Rechtsprechung konnten Aufwen-

dungen für einen Heimcomputer nur berücksichtigt werden, wenn der Anteil der privaten Nutzung unter zehn Prozent lag. Grund war das im Einkommensteuergesetz angeführte Aufteilungs- und Abzugsverbot.

**Entscheidungsgründe:** Aus Gründen der „steuerlichen Gerechtigkeit“ muss - neben Auto und Telefon - auch der Computer vom Aufteilungs- und Abzugsverbot ausgenommen werden. Dies gilt auch schon deshalb, weil einige Länderfinanzverwaltungen eine entsprechende Aufteilung bereits zugelassen haben, ohne dass bislang ein bundeseinheitlicher Erlass durch das Bundesfinanzministerium ergangen ist.

Dies gilt auch für Computerzubehör wie Scanner, Drucker und Monitor. Das Gericht teilt nicht die Ansicht, dass solche Geräte nicht selbständig genutzt werden könnten. Grund ist ein Urteil des Bundesfinanzhofs, wonach Computerprogramme selbständige Wirtschaftsgüter sind.

Bei dem Ansatz von 35 Prozent handelt es sich um eine Schätzung. Es kann angenommen werden, dass die private Nutzung eines Heimcomputers überwiegt, wenn der Arbeitnehmer das Gerät nur zur Ergänzung seiner beruflichen Tätigkeit nutzt.

Im vorliegenden Fall hat der Kläger aber keinen konkreten Einzelnachweis bringen können; es ist daher bei einem geschätzten beruflichen Nutzungsanteil von 35 Prozent geblieben. Die Revision zum Bundesfinanzhof wurde wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen.

### III. Keine neuen branchenbezogenen AfA-Tabellen bis zum Herbst 2002

Die branchenbezogenen AfA-(=Absetzung für Abnutzung)Tabellen werden bis Herbst 2002 überarbeitet. Die bereits überarbeitete allgemeine AfA-Tabelle ist bereits Anfang 2001 in Kraft getreten und soll rund 2 Milliarden DM Steuermehreinnahmen bewirken.

**Hinweis:** Steuerpflichtige können Anschaffungskosten für bewegliche Wirtschaftsgüter steuermindernd geltend machen. Ab einem Kaufpreis von 799 DM netto bzw. 926 brutto darf man die Aufwendungen nicht auf einmal absetzen, sondern muss sie über mehrere Jahre verteilen. Dieser Zeitraum ist je nach Nutzungsdauer des Wirtschaftsguts unterschiedlich lang. In den AfA-Tabellen wird die steuerlich zu berücksichtigende Nutzungsdauer der einzelnen Wirtschaftsgüter festgelegt.

### Strafrecht: Einsatz des IMSI-Catchers durch Strafprozessordnung gedeckt

Der Einsatz des sogenannten „IMSI-Catchers GA 090“ (Bei dem „IMSI-Catcher“ handelt es sich um ein technisches Gerät, mit dem unter anderem die Gerätenummer von Mobiltelefonen festgestellt und der Benutzer somit eindeutig lokalisiert werden kann) ist nach Auffassung der Bundesregierung durch die Strafprozessordnung gedeckt.

Die Strafverfolgungsbehörden begründeten den Einsatz dieser Geräte damit, dass Tatverdächtige schwerer Straftaten zur Verschleierung ihre Mobiltelefone und Telefonkarten häufig wechseln und somit auf Grund immer neuer Rufnummern von der Polizei kaum mehr zu überwachen seien.

Nach Darstellung der Regierung ist unstreitig, dass im Verlauf eines Telefonats auch die Daten über den „Standort“, an dem sich ein Mobiltelefon gerade befindet, nach der Strafprozessordnung erhoben werden dürfen. Umstritten sei die Rechtslage jedoch, wenn das Handy lediglich aktiv geschaltet ist, ein Telefongespräch aber nicht stattfindet.

### Sozialrecht:

#### I. Krankenkasse muss nicht für eine Schlankheitskur zahlen!

Sozialgericht Koblenz - Az.: S 11 KR 247/00 – Urteil vom 22.08.2001

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Die gesetzliche Krankenkasse ist nicht verpflichtet, die Kosten für eine Schlankheitskur zu tragen. Dies gilt selbst dann, wenn die Kur unter ärztlicher Aufsicht gemacht

und in einem ärztlichen Attest deren Notwendigkeit bestätigt wird. Auch der Hinweis, bei einer Gewichtsabnahme blieben der Krankenkasse in Zukunft Kosten für die gesundheitlichen Folgen des Übergewichts erspart, ist unerheblich.

**Sachverhalt:** Die Klägerin war bei einer Körpergröße von 1,60 Meter etwa 112 Kg schwer. Sie litt unter anderem unter Bluthochdruck, Gelenkerkrankungen und an einer Erhöhung der Blutfettwerte. Auf Empfehlung ihres Arztes nahm sie erfolgreich an einer Schlankheitskur teil, die sich über 26 Wochen erstreckte und mehr als 5.000 DM kostete. Diesen Betrag wollte sie von ihrer Krankenkasse ersetzt haben.

**Entscheidungsgründe:** Nach Ansicht des Gerichts ist Fettleibigkeit keine Krankheit im Sinne der gesetzlichen Vorschriften. Daher komme eine Kostenübernahme durch die Krankenkasse nicht in Frage.

*Das Urteil finden auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/schlankheitskur.htm>*

### Kurz notiert – interessante Urteile:

#### I. Fahrverbot unter gewissen Umständen nicht sinnvoll !

OLG Rostock – Az.: 2 Ss (OWi) 23/01 I 58/01 - Urteil vom 27.04.2001

**Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!):** Wenn zwischen einem Straßenverkehrsvergehen und dem Ausspruch des daraus resultierenden Fahrverbotes zwei Jahre liegen, muss der Sinn eines Fahrverbots gesondert geprüft werden. Dies gilt, wenn der Verkehrssünder in der Zwischenzeit nicht mehr auffällig geworden ist.

**Sachverhalt:** Ein Mann war wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 77 Km/h innerorts zu einer Geldstrafe von 120 DM und einem Monat Fahrverbot vom Amtsgericht verurteilt worden. Der Betroffene legte hiergegen Beschwerde ein, so dass das OLG Rostock 20 Monate nach dem Vergehen über den Fall zu entscheiden hatte.

**Urteilsgründe:** Nach Ansicht des OLG Rostock muss die Verhängung eines Fahrverbotes als „Denkzettel- und Besinnungsmaßnahme“ überdacht werden, wenn der Verkehrssünder in der Zwischenzeit nicht mehr auffällig geworden ist. Weiterhin zu beachten ist, dass der Mann im vorliegenden Fall die Verzögerung im Verfahren nicht zu vertreten hat.

*Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/fahrverbotsinnvoll.htm>*

#### II. Reiseveranstalter muss nicht auf Passpflicht für Kinder hinweisen

AG München - Az.: 211 C 3331/01 – Urteil vom 25.06.2001

**Leitsatz (nicht amtlich – vom Verfasser!):** Ein Reiseveranstalter muss Urlauber nicht ausdrücklich auf die Ausweispflicht mitreisender minderjähriger Kinder hinweisen.

**Sachverhalt:** Die Klage von Eltern wurde abgewiesen, die ihren Malta-Urlaub vor einem Jahr mangels Identitätsnachweises von Sohn und Tochter nicht antreten konnten. Sie wurden auf dem Flughafen abgewiesen und forderten von dem Tourismus-Unternehmen die Reisekosten in Höhe von 2.700 DM zurück. Die Eltern hatten geltend gemacht, im Reiseprospekt des Veranstalters sei diese Pflicht nicht aufgeführt worden.

**Entscheidungsgründe:** Schon Neugeborene brauchen bei Reisen in Länder außerhalb der Europäischen Union einen Nachweis ihrer Identität, sei es durch Eintrag in den Pass eines Elternteils oder durch einen eigenen Ausweis. Wer das nicht weiß oder wissen will, kann nicht andere dafür verantwortlich machen. Die Klage auf Entschädigung in Höhe von 2.700 DM wurde abgewiesen.

### III. Bundesland haftet für Mord durch Freigänger!

Oberlandesgericht Karlsruhe - Az.: 7 U 148/99 – Urteil vom 26.09.2001

**Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!):** Das Land Baden-Württemberg muss im Rahmen der Staatshaftung der Tochter einer von einem Häftling auf Freigang ermordeten Frau Schadensersatz zahlen.

**Sachverhalt:** Der Täter hatte im Gefängnis Briefkontakte gehabt, die auf sein Interesse an gewalttätigem, brutalen Sexualverkehr hinwiesen. Außerdem hatte der Gefangene Gespräche mit einer Psychologin abgelehnt.

**Entscheidungsgründe:** Das Gericht sah in der Genehmigung des Freigangs durch die Bruchsaler Beamten eine Verletzung ihrer Amtspflicht. Vollzugslockerungen dürfen nur dann gewährt werden, wenn weitere Straftaten des Gefangenen nicht zu befürchten seien. Vor einer solchen Maßnahme hätte der Häftling psychologisch untersucht werden müssen; ein unbeaufsichtiger Ausgang hätte nicht vor Beginn einer begleitenden Sozialtherapie gewährt werden dürfen.

Die achtjährige Tochter des Opfers kann vom Land Unterhalt verlangen, soweit sie ihren Bedarf nicht aus Rentenzahlungen und Vermögenserträgen decken kann. Die Beamten sind bei der Gewährung des Freigangs im Rahmen ihrer Amtsausübung tätig geworden. Ihr Handeln kann somit dem Bereich der hoheitlichen Verwaltung zugerechnet werden. Das Land Baden-Württemberg haftet daher gemäß Art. 34 GG anstelle der Beamten.

*Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/freigaenger.htm>*

**Hinweis:** Die Pflicht, gefährlichen Straftätern nicht ohne Aufsicht Ausgang zu gewähren, dient nicht nur generell dem Schutz der Allgemeinheit, sondern gerade auch dem Schutz eines einzelnen Dritten. Bei Straftaten infolge einer Amtspflichtverletzung können die Opfer daher Ansprüche gegen den Staat geltend machen.

### IV. Kinder müssen auch Begräbnis ungeliebter Eltern bezahlen!

VG Karlsruhe - Az.: 11 K 2827/00 – Urteil vom 26.09.2001

**Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!):** Bestattungskosten müssen auch bei zerrütteten Familienverhältnissen von den nächsten Angehörigen übernommen werden.

**Sachverhalt:** Eine Frau (Tochter) wollte für das knapp 2.500 DM teure Begräbnis ihrer 1999 in Mannheim verstorbenen Mutter nicht aufkommen. Sie hatte geltend gemacht, sie sei schon als Zweijährige in ein Heim eingewiesen worden, weil sich ihre Mutter nicht um sie gekümmert hatte. Die Klägerin hatte ihre Mutter erst mit 21 Jahren auf eigene Initiative hin kennen gelernt. Sie habe nie eine Beziehung zu ihr aufbauen können und verfüge zudem über keinerlei Einkünfte. Daraufhin erhob die Klägerin gegen den Kostenbescheid der Stadt Mannheim Klage vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe.

**Entscheidungsgründe:** Die Klägerin muss der Stadt Mannheim die vorgestreckten Kosten zurückerstaten. Volljährige leibliche Kinder sind für die Bestattung ihrer Eltern verantwortlich. Auch bei zerrütteten



Familienverhältnissen ist eine Verlagerung der Kosten auf die Allgemeinheit nicht tragbar. Die „Totenfürsorge“ ist gewohnheitsrechtlich Sache der nächsten Angehörigen. Ihre finanzielle Situation entbindet die Klägerin nicht von ihrer Verpflichtung, sie muss notfalls auf Sozialhilfe zurückgreifen.

**Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/beerdigungskosten.htm>**

**V. Jagdgegner muss Rücksicht auf Jäger nehmen!**

**Amtsgericht Celle - Az.: 15 C 1953/01 - Urteil vom 28.09.2001**

**Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!):** Wer im Wald mit seinem Hund spazieren gehen will, muss auf ansitzende Jäger Rücksicht nehmen.

**Sachverhalt (Kurzfassung):** Im Streit zwischen einem Lehrer und drei Jägern entschieden, waren diese wegen unzulässiger Jagdstörung vor Gericht gezogen. Der Richter veranlasste die Beteiligten jedoch zu einem Kompromiss. Danach darf der Lehrer unter anderem an zwei Wochentagen nur zu bestimmten Zeiten im Wald spazieren gehen.

**VI. Auch ohne Abfall sind Müllgebühren rechters!**

**OVG Rheinland-Pfalz - Az.: 12 A 10462/01.OVG - Urteil vom 28.09.2001**

**Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!):** Müllgebühren müssen auch diejenigen bezahlen, bei denen gar kein Abfall anfällt.

**Sachverhalt (Auszug):** Ein Unternehmen hatte gegen einen Abfallgebührenbescheid mit der Begründung geklagt, es falle kein Restmüll an, der beseitigt werden muss.

**Entscheidungsgründe (Auszug):** Durch die Müllgebühren wird den Kommunen der Aufwand abgegolten, die Entsorgungseinrichtungen vorzuhalten bzw. zu betreiben. Eine solche Müllgebühr dient daher oft gar nicht der Abfallbeseitigung selbst. Daher muss sie auch dann bezahlt werden, wenn gar kein Müll anfällt.

**Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/muellgebuehren.htm>**

**VII. Hörschaden infolge Popkonzert kann Schadenersatzansprüche begründen!**

**OLG Koblenz - Az.: 5 U 1324/00 – Urteil vom 13.09.2001**

**Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!):** Schmerzensgeld und Schadenersatz muss ein Konzertveranstalter an die Besucherin eines „Boy Group“-Konzertes bezahlen.

**Sachverhalt:** Die Klägerin besuchte 1997 ein Konzert der Boy Group „N'Sync“ in Trier. Sie hielt sich dabei vorne an der Bühne in nächster Nähe zu einem der seitlich aufgestellten Lautsprecher auf. Sie war dadurch nach Überzeugung der Richter über 90 Minuten hinweg einem Lärmpegel von 104 dB(A) ausgesetzt. Auch ein durchschnittlicher Pegel von 90 dB(A) über die gesamte Konzertdauer hätte bereits gesundheitsgefährdende Auswirkungen gehabt. Ein nach dem Konzert aufgesuchter Ohrenarzt habe "hochgradige, lärmtraumatische Innenohrschädigungen mit Tinnitus beidseits" und eine "Schwindelsymptomatik" festgestellt. Zudem leide die Klägerin nach wie vor unter einem Hörschaden und beidseitigem Ohrenrauschen.

**Entscheidungsgründe:** In Anbetracht der gravierenden Gesundheitsschädigungen sahen es die Richter als erwiesen an, dass die Klägerin bei dem fraglichen Konzert einem gesundheitsgefährdenden Lärmpegel

ausgesetzt gewesen sei und stellten eine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht des Konzertveranstalters fest. Ein Mitverschulden der Klägerin sahen die Richter nicht. Konzertbesucher müssten sich darauf verlassen können, dass die Lautstärke bei einem Konzert nicht gesundheitsgefährdend sei. Dass sich die Klägerin einen Platz in der Nähe der Lautsprecherboxen gesucht habe, ändere daran nichts.

Sie sprachen der jungen Frau 9.000 DM Schmerzensgeld sowie Schadenersatz der ihr entstandenen Kosten zu, unter anderem für stationäre Behandlung infolge des Ohrenschadens.

**Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/hoerschaden.htm>**

**VIII. Versicherung zahlt nicht, wenn der Ex-Ehegatte das Fahrzeug an sich nimmt  
LG Coburg – Az.: 32 S 131/01 - Urteil vom 10.10.2001 (rechtskräftig!)**

**Leitsatz (vom Verfasser - nicht amtlich!):** Die Kaskoversicherung muss nicht immer zahlen, wenn dem Versicherten sein Pkw ungewollt abhanden kommt. Ein solcher Fall liegt vor, wenn der Ehegatte des Versicherten den Pkw, den er während der Ehe berechtigt nutzte, nach der Trennung nicht zurückgibt.

**Sachverhalt:** Während intakter Ehe hatte die Ehefrau des klagenden Versicherungsnehmers den Pkw ihres Mannes benutzt. Nach Scheitern der Ehe wollte sich der Autobesitzer nicht mit dem Zweitwagen abfinden. Seine Ex-Ehefrau wollte das Auto samt Schlüsseln aber nicht zurückgeben. Als der Kläger daraufhin die Nummernschilder abmontierte, verbrachte seine damalige Noch-Ehefrau das Fahrzeug an einen unbekannten Ort. Nachdem der Pkw für den Kläger unauffindbar blieb, wollte er den Wert in Höhe von 9.700 DM von seiner Kaskoversicherung ersetzt bekommen. Er sei genauso zu behandeln wie ein Versicherungsnehmer, dem das Auto gestohlen worden sei, argumentierte er. Außerdem habe seine Ex-Frau eine Unterschlagung begangen. Als die Versicherung jegliche Zahlung verweigerte, klagte er.

**Entscheidungsgründe:** Wie zuvor schon das AG Coburg (Az: 12 C 768/99) widersprach jetzt auch das LG seiner Argumentation. Eine Entwendung scheitere schon daran, dass die Ex-Ehefrau des Klägers den versicherten Pkw ursprünglich berechtigt besessen und der Kläger nie den Gewahrsam und insbesondere auch nicht die Schlüssel zurück erlangt habe. Ob eine Unterschlagung vorliege, spiele für den zu entscheidenden Fall keine Rolle. Selbst wenn dies zu bejahen sei, sei der Pkw der „Täterin“ zum Gebrauch überlassen gewesen. Genau für diesen Fall schließen aber die Allgemeinen Versicherungsbedingungen eine Versicherungsleistung aus. Es handele sich also um eine Streitigkeit im Rahmen des Scheiterns der Ehe, für die die Versichertengemeinschaft nicht einzustehen habe.

**Anmerkung:** Beim Abschluss von Teilkaskoversicherungen wird in der Regel immer die Geltung Allgemeiner Geschäftsbedingungen mit vereinbart. Aus diesen ergibt sich, wann und wieviel die Versicherung zahlen muss. Die maßgebliche Klausel ist § 12 der Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung (AKB), die den Umfang der Versicherung festlegt.

*1. Die Fahrzeugversicherung umfasst (...) den Verlust des Fahrzeuges und seiner unter Verschluss verwahrten oder an ihm befestigten Teile (...) I. in der Teilversicherung a) durch Brand oder Explosion, b) durch Entwendung, insbesondere Diebstahl, unbefugten Gebrauch durch betriebsfremde Personen, Raub und Unterschlagung. Die Unterschlagung durch denjenigen, an den der Versicherungsnehmer das Fahrzeug unter Vorbehalt seines Eigentums veräußert hat, oder durch denjenigen, dem es zum Gebrauch oder zur Veräußerung überlassen wurde, ist von der Versicherung ausgeschlossen; c) (...)*